

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktage.
Bezugspreis: Vierteljahr 2,40 Mk.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Bed'sche Buchdruckerei
Otto Bed.

Anzerate: Kleine Beilage 20 Pfg.
Fernruf: Nr. 20.
Postkonton: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 18.

Dienstag, den 22. Januar 1918.

75. Jahrgang.

Im Dezember 702 000 Br.-Reg.-Ton. versenkt.

Der erste Friedensschluß.

Trotsky's Rückkehr nach Petersburg ist der Abschluß der Friedensverhandlungen mit der Ukraine auf dem Fuße gefolgt. Ob hier nur ein äußerlicher Zusammenhang vorliegt oder ob die Entfernung Trozky's von West-Bukowina die Herren aus Kiew erst eigentlich in den Stand gesetzt hat, ihre Aufgabe nach eigenem Willen zu fördern und zu beendigen, kann dahingestellt bleiben; fürs erste genügt uns die Tatsache, daß im Osten nunmehr wirklich das Morgenrot einer neuen Zeit angebrochen ist. Noch fehlen die formellen Unterschriften unter den Vereinbarungen, die binnen kürzester Zeit nachgeholt werden sollen, aber die Unterhändler sind offenbar mit dem Bewußtsein auseinandergegangen, daß sie nicht umsonst gearbeitet haben, und daß in der Tat „Friede und Freundschaft“ zwischen den von ihnen vertretenen Ländern vor der Türe stehen. Damit ist ein großer Schritt nach vorwärts getan.

Genau genommen ist allerdings die Ukraine nicht das erste Land, das losgelöst von der Zentralregierung in Petersburg sich mit uns verständigt hat. Mit gutem Beispiele vorangegangen ist bereits zu Anfang des Jahres das frühere Großfürstentum, die jetzige Republik Finnland. Hier bedurfte es indessen keiner besonderen Friedensverhandlungen. Das Land war während des Krieges von den Russen wie ein besetztes Gebiet behandelt worden, eine unmittelbare Kampferfahrung mit uns fand nicht statt, so hoch nach Norden liegen die Frontlinien nicht hinauf, und als ihm die Revolution die völlige Loslösung von Rußland ermöglichte, konnten seine Vertreter ohne jede Schwierigkeit über das neutrale Schweden den Weg zu uns finden und von der deutschen Regierung die Anerkennung der Selbständigkeit ihres neuen Staatsweins erbitten. Nach kurzer Bedenkzeit wurde sie ausgesprochen, und seitdem leben wir mit diesem ehemals russischen Lande im besten Einvernehmen. Anders liegen die Dinge mit der Ukraine. Hier handelte es sich um eine Reihe von russischen Gouvernements, deren wichtigste dem Kriegsschauplatz mehr oder weniger unmittelbar benachbart lagen, die zum Teil von der Frontlinie direkt durchschnitten wurden und im Grunde nicht mehr anstreben als eine verwaltungsrechtliche Zusammenfassung ihres Gebiets unter Gewährung weitgehender Selbstbestimmungsrechte. Erst nach und nach erweiterten sich diese Absichten bis zu voller staatlicher Selbständigkeit, während es auch jetzt noch nicht ganz ausgemacht ist, ob die Verbindung mit dem russischen Gesamtstaate wirklich mit Stumpf und Stil gelöst werden soll. Die Ukrainer sind offenbar von der Macht der Ereignisse über jene Linie hinausgedrängt worden, die sie ursprünglich aus Mäßigkeitsgründen einhalten wollten. Niemand kann wissen, wie lange es dauern wird, bis in Petersburg und Moskau wieder dauerhafte Zustände geschaffen sein werden, und so lange untätig zu warten, ist nicht jedermanns Sache. Vor allem nicht Sache der Ukrainer, die doch mehr Sinn für staatliche Ordnung und für den Segen freundlicher Nachbarbeziehungen ihr Eigen nennen als er aufkeimend bei den Maximalisten anzutreffen ist. So entsandten sie Bevollmächtigte zu den Friedensverhandlungen nach West-Bukowina, die offenbar Einweisung empfangen hatten, ihr Verhalten je nach dem Auftreten der Trozky und Genossen einzurichten. Grundsätzlich sollte an dem Standpunkt, daß die Ukraine nur weitgehende staatliche Selbständigkeit innerhalb des Rahmens einer großrussischen Gesamtrepublik anstrebe, festgehalten werden, wenn aber die Petersburger Delegierten sich unversöhnlich zeigten und das baldige Zustandekommen des Friedens gefährdeten, so sollte jede Rücksichtnahme auf sie fallengelassen werden. Also bekannten sie sich nicht einen Augenblick. In vertraulichen Besprechungen mit den Vertretern des Verbundes gingen sie geradezu Weges auf ihr Ziel los: einen vernünftigen, ehrenvollen und Dauer versprechenden Frieden zu suchen. So unfruchtbar die spitzigen Redelämpfe zwischen Kühlmann und Trozky sich ausnahmen, so ergiebig waren die rein auf das praktische gerichteten Verhandlungen mit den Vertretern dieser neuen Republik. Auch sie bestanden theoretisch vorzüglich gekulten Leute, aber Männer, die sich nicht einbilden, daß es ihnen am Verhandlungstische gelingen könnte, die bürgerlichen Staaten, mit denen sie es zu tun hatten, durch revolutionäres Gerede aus dem Sattel zu heben. Mit ihnen sprach man von Warenverkehr und Wirtschaftsförderung, von Schutzgöllen und Staatsmonopolen, und ehe man sich's recht verlor, war die Einigung über alle Hauptfragen erreicht. So kann jetzt an die Unterzeichnung des Paktes geschritten werden.

Damit ist noch nicht viel, aber doch immerhin etwas erreicht. Wir dürfen natürlich nicht vergessen, daß die Ukraine noch ein unfertiges Staatsgebilde ist, das erst noch durch eine Zeit harter Arbeit an sich selbst hindurchgehen muß, ehe es seine Kräfte nach außen hin voll entwickeln können. Sie wird sich auch gegen ihr Stammland nicht so abzuschießen vermindern, daß dessen unruhige Schicksale sie nicht mitberühren sollten. Und die Entente wird gewiß die Hände nicht in den Schoß legen, sondern der jungen Republik so viele Schwierigkeiten zu bereiten suchen, daß sie alles andere als ein leichtes Leben haben wird. Aber trotz alledem: nur dem Mutigen gehört die Welt, und an dieser Charaktereigenschaft fehlt es den Männern nicht, die das Schicksal der Ukraine in ihre Hand genommen haben. Sie haben der Welt bewiesen, daß der

Friede zu haben ist, wenn man ihn nur ehrlich will, und daß die Mittelmächte nicht daran denken, Bedingungen zu stellen, die von irgendem nem ihrer Gegner als unerfüllbar bezeichnet werden dürfen. Das ist ein Gewinn, der hoffentlich fortwirken wird. Warten wir ab, wer sich als Nächster melden wird, um dem Beispiel der Ukraine zu folgen.

Die gesprengte Konstituante.

Kanonen und Gewehre im Parlament.

Petersburg, 21. Januar.

Gestern trat der ausführende Hauptausschuß der Sowjets der Arbeiter, Bauern und Soldaten zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen und beschloß um halb zehn Uhr abends die Auflösung der verfassungsgebenden Versammlung.

Mit diesem Beschluß ist die gesetzgebende Versammlung, auf die man in Rußland so große Hoffnungen gesetzt hatte, als endgültig aufgelöst zu betrachten. Das Ergebnis kommt denen nicht überraschend, die die Entwicklung der inneren russischen Bewegung in den letzten Wochen aufmerksam verfolgt haben. Die Maximalisten wollen nur eine Regierung, die auf der Macht der Soldaten, Arbeiter und Bauern beruht. Damit ist das übrige Rußland nicht einverstanden. Der Zwiespalt, der seit Wochen immer deutlicher in Erscheinung trat, ist in der Konstituante zum vollen Ausbruch gekommen.

Streit um die Friedensverhandlungen.

Nach Berichten Schweizerischer Blätter kam es in den Straßen Petersburgs zu blutigen Schlächten. Es fanden Massenverhaftungen statt. Nach denselben Quellen kam es in der gesetzgebenden Versammlung zum Streit über die Friedensverhandlungen. Ein Teil der Versammlung wollte sich nicht mit der Art und Weise einverstanden erklären, in der die Verhandlungen geführt werden. Tschernom stellte fest, daß Rußlands Friedenswille bei den Zentralmächten kein Echo gefunden habe, da die Zentralmächte planten, einen Frieden auf Kosten Rußlands zu schließen. Die Konstituante müßte die Rettung Rußlands in der Einberufung eines internationalen Sozialistenkongresses suchen.

Die Lage im Osten.

Aber die Lage in Rußland erfahren wir, daß die Meldungen aus Petersburg selbst an der russischen Front als ein neuer Beweis angesehen werden dafür, daß die Maximalisten entschlossen sind, ihre Macht unter allen Umständen, wenn es sein muß, mit Waffengewalt aufrecht zu erhalten. Petersburg soll sich vollständig in den Händen der Roten Garde befinden. Die Vorgänge in der Hauptstadt werden selbst von den russischen Truppen als ein schreiender Widerspruch gegenüber den Theorien vom Selbstbestimmungsrecht usw. angesehen, die die Führer der Bolschewiki in West-Bukowina vertreten haben.

Nach Ansicht russischer Offiziere haben Lenin und Trozky sich in die Friedensverhandlungen mit Deutschland überhaupt nur eingelassen in der Hoffnung, die russische Revolution werde sich inzwischen auf ganz Westeuropa, insbesondere auf Deutschland und Österreich-Ungarn ausbreiten.

Diese Hoffnung, so sagen die russischen Offiziere, habe sich nicht erfüllt. Nur die russische Armee ganz allein sei bis zur Widerstandsfähigkeit demoralisiert und Rußland nur als einzige Macht zum Frieden um jeden Preis gezwungen.

Nach den vorliegenden Nachrichten ist tatsächlich an und hinter der russischen Front keinerlei Stimmung mehr für die Fortführung des Krieges vorhanden. Der maximalistische Plan, den Kampf in Gestalt eines heiligen Krieges fortzuführen, wird als bloßer Bluff angesehen.

Lloyd George an die Arbeiter.

Neue Erklärungen über Englands Kriegsziele.

In der Rede, die Lloyd George an die Vertreter der Arbeiter zur Begründung der Erhöhung der Altersgrenze für die militärische Dienstpflicht auf 55 Jahre hielt, kam er auf eine Anfrage auch auf die Freiheit des Meeres zu sprechen. Er führte dabei aus, daß England sich vor einer Störung seines Küstenschutzes und seiner Handelschiffahrt schützen müsse. Dann sagte er über die Kriegsziele des Verbandes:

Durch die Vorgänge in Rußland ist eine einheitliche Verhandlungsführung unmöglich geworden. Die Verhandlungen seien durch die Forderungen der früheren russischen Regierung schwierig geworden, weil die Verbündeten ohne Zustimmung Rußlands Konstantinopel als Kriegsziel nicht fallen lassen konnten.

Zum Schluß gab der Premierminister noch Auskunft über seine Erklärung hinsichtlich Elsass-Lothringens.

Für Frankreich war Elsass-Lothringen 40 Jahre lang eine offene Wunde. Die Ansicht Frankreichs ist, daß es keinen Frieden gibt, ohne daß diese Frage ein für allemal erledigt ist. Das Volk Elsass-Lothringens hat nie aufgehört zu klagen und es besteht kein Zweifel, daß die Mehrheit für Rückkehr unter französische Flagge ist.

Zum Schluß meinte Lloyd George, Englands Arbeiter müßten durch den Sieg dafür sorgen, daß der Dienstpflicht in den anderen Ländern ein Ende gemacht werde, dann könne sie auch in England beseitigt werden.

Der Krieg.

Die erwartete deutsche Offensive und ihre Aussichten.

Kristiana, 21. Jan. „Morgenbladet“ schreibt in einer Kriegsübersicht über die erwartete deutsche Offensive an der Westfront: Die Möglichkeit für einen Durchbruch bestehe. Aber schon wenn es den Deutschen gelinge, den Alliierten eine kräftige Gegenoffensive für längere Zeit unmöglich zu machen, haben sie viel erreicht. Inzwischen wirke der U-Bootkrieg unaufhörlich weiter. Selbst wenn die Deutschen die Vandooffensive aufgeben müßten, könnten sie ihre ebenso gefährliche wie wirksame Offensive zur See fortsetzen. Das können die Alliierten nicht, außer wenn sie ein Ba banque-Spiel gegen die deutsche Flottenbasis wagen sollten. Die Hoffnung der Deutschen, mit den U-Booten, ihrem kräftigsten und sichersten Offensivmittel, den Krieg zu gewinnen, scheine durch die Ereignisse gerechtfertigt.

Der Krieg zur See.

Das Dezember-Ergebnis des U-Boot-Krieges.

Berlin, 21. Jan. (Amtlich.) Durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte sind im Monat Dez. 1917 insgesamt 702 000 Br.-Reg.-Ton. des für unsere Feinde nützlichen Handelschiffraumes vernichtet worden. Damit erhöhten sich die bisherigen Erfolge des uneingeschränkten Unterseebootkrieges auf 8 958 000 Br.-Reg.-Ton.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Der deutsche U-Bootkrieg.

Berlin, 21. Dez. (Amtlich.) Durch die Tätigkeit unserer U-Boote wurden wiederum im Sperrgebiet 22 000 Br.-Reg.-Ton. vernichtet. Unter den versenkten Schiffen, von denen die Mehrzahl tief beladen und bewaffnet war, konnte der bewaffnete französische Dampfer „Mogollan“ (6265 Ton.) mit Salpeterladung von Chile nach Frankreich, festgestellt werden. Unter den übrigen vernichteten Schiffen befanden sich zwei größere englische Dampfer.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Die täglichen Verluste der französischen Handelsflotte spielen in den Kammerverhandlungen häufig eine Rolle. Der Vorpferungsminister Voet erklärte jüngst, daß die Notwendigkeit bestehe, 36,7 Millionen Doppelzentner Getreide einzuführen. Vor dem Kriege brauchte nur in Not- und Misserntejahren Brotgetreide eingeführt zu werden. Der ungeheure Unterschied ist hauptsächlich auf Verringerung der Anbaufläche, Mangel an Arbeitskräften und Fehlen von Dünger zurückzuführen. Der Minister erklärte, daß er nicht ohne Besorgnis in die Zukunft sehe.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 21. Jan. Die russische Zeitung „Wesnik Tschas“ meldet, daß deutsche U-Boote bei Trarant Transportschiffe mit russischen Truppen versenkten. Die Meldung ist eine höfwillige Erfindung, die zu dem Zwecke verbreitet wird, die Friedensverhandlungen zu fördern.

Widderburg, 21. Jan. Gestern nachmittags ging in der Umgegend von Kull ein englischer Dampfer nieder. Der Insasse erklärte, er sei an einem Luftangriff auf Beebrügge beteiligt gewesen. Er steckte die Maschine sofort nach der Landung in Brand.

Bom Tage.

Italiens Schwierigkeiten der Versorgung.

Trotz der strengen Zensur kommen in letzter Zeit immer mehr Anzeichen an die Öffentlichkeit, daß sich die italienische Versorgung infolge zahlreicher Versenkungen im Mittelmeer und wachsenden Tonnagemangels bedenklich verschlechtert hat.

Der Schatzminister Ritti hat vergangene Woche in zwei Reden deutliche Neußerungen über die schlechte Lage gemacht. In der einen erwähnte er das italienische Volk zur äußersten Sparsamkeit im Verbrauch aller Güter, da man sonst nicht durchkomme. In der anderen, die er auf dem Kapitol bei einem zu Ehren des amerikanischen Notens Kreuzes veranstalteten Feste gehalten hat, sagt er wörtlich: „Unter allen Völkern des Verbandes ist es Italien, das die größten Opfer bringt. Der Mangel an Rohstoffen und Brotfrüchten sowie die Knappheit an Transportmitteln schaffen recht schmerzliche Lebensbedingungen. Das Volk weiß, daß diese seine Leiden nicht von unserem eigenen Krieg, sondern von dem um uns wütenden Weltbrand herühren; es weiß auch, daß diese Leiden nach dem Kriege noch einige Jahre andauern werden und uns der Frieden nicht ein sofortiges Ende unserer Schmerzen bringt. Ja, diese wirtschaftliche Leiden werden sich noch verschärfen. Aber wenn wir uns auch alle in die Leiden schicken müssen, so können wir uns doch nicht all der Vergewaltigung fügen.“

Das sind außerordentlich scharfe Worte, die der die Wirtschaftspolitik Italiens führende Minister bei einer feierlichen Gelegenheit an die wirtschaftliche Bollmacht im Verbands gerichtet hat. Heute veröffentlicht nun der „Corriere della Sera“ eine fast drohende Aufforderung an die Verbündeten, Italien im eigenen Interesse besser zu versorgen.

Italien, heißt es in dem Artikel, könne nur dann handhaben, wenn seine Versorgung gesichert werde und es vor einer weiteren Verschlechterung der jetzt fast unerträglichen Wirtschaftslage geschützt werde. Die Verbündeten müßten ihre Hand dazu bieten, daß die Maschine des Lebens in Italien nicht zum Stillstand komme, sonst hätte auch Frankreichs letztes Stündlein geschlagen und England hätte seinen Jahrhunderte alten Festlandkrieg verloren. Die Behauptung, daß die Italien zur Verfügung gestellte Tonnage in gefährlicher Weise hinter dem Bedarf zurückbleibe, sei durchaus nicht widerlegt worden. Es bedürfe nur eines Blickes auf die italienischen Vorräte an Kohlen und Getreide einerseits und auf das Verhältnis der Versenkungen im Mittelmeer andererseits. „Wir sind in einer ernsten Lage“, so fährt der Artikel fort, „und es ist unnütz, sich das Verhehlen zu wollen. Die Schwierigkeit unserer Lage könnte zu einem gewissen Zeitpunkt eine ernste Gefahr für den ganzen Verband bedeuten. Die Mittelmächte schließen uns immer enger in den Ring des Tauchbootkrieges ein. Deshalb ersuchen wir unsere Verbündeten um verständige und gerechte Hilfe.“ Der Artikel schließt mit der Bemerkung, Italien müsse mehr seine Stimme bei den Verbündeten hören lassen, nicht nur um reinpolitische Mißverständnisse zu vermeiden, wie sie die Rede Lloyd Georges und Wilson offenbart habe, sondern auch um seine wirtschaftlichen Bedürfnisse mit allem Nachdruck anzumelden.

Inzwischen hat eine fieberhafte Tätigkeit des Ministerausschusses für Anläufe im Ausland eingesetzt, woran sich auch Sonnino und Orlando lebhaft beteiligen.

Wladiwostok.

Nach einer Petersburger Sabasmeldung hat der Rat der Volkskommissäre bei den Botschaftern Großbritanniens und Japans Aufforderung über die Befreiung von Wladiwostok verlangt.

Dr. Friedberg Bevollmächtigter zum Bundesrat.

Berlin, 21. Jan. Wie der Reichsanzeiger meldet, wurde der Vizepräsident des Staatsministeriums Staatsminister Dr. Friedberg zum Bevollmächtigten Preußens beim Bundesrat ernannt.

Das Attentat auf Lenin.

Kopenhagen, 21. Jan. Über das missglückte Attentat auf Lenin wird noch bekannt, daß Lenin mit dem Kommissar

Platen nach dem Smoln-Institut fuhr, als eine verurteilte Person acht Revolverkugeln auf ihn abfeuerte. Als der erste Schuß fiel, brach Platen mit seinem Reife und zwang ihn, sich auf den Boden des Autos zu werfen. Dadurch entging Lenin dem Tode, während Platen verwundet wurde.

Der rumänische Gesandte verläßt Petersburg.

Russische Grenze, 21. Jan. Der rumänische Gesandte in Petersburg Diamandi hat die Stadt verlassen.

Gewalttaten der Bolschewiki.

Amsterdam, 21. Jan. Der „Rustia Wiedomosti“ entnimmt die „Times“ Beispiele für die Gewalttätigkeit, mit der die Bolschewiki bei den Wahlen für die Verfassungsgebende Versammlung zu Werke gegangen seien. Im Bezirk Krasnaja seien bolschewistische Soldaten in die Dörfer eingedrungen und hätten gedroht, jeden zu ermorden, der gegen die Bolschewiki-Kandidaten stimmen würde.

Russen und Rumänen im Kampfe.

Russische Grenze, 21. Jan. In der Moldau sind die ersten Zusammenstöße zwischen russischen und rumänischen Truppen erfolgt. Rings um Jasso wird gekämpft. Kriwenko steht an der Spitze der maximalistischen Truppen.

Kämpfe in Südrussland.

Stockholm, 21. Jan. Ukrainische Truppen trafen Anstalten, um sich der von den Maximalkanen besetzten Städte Kuzn und Kowno zu bemächtigen. Es ist wahrscheinlich, daß es hier zu heftigen Kämpfen kommen wird. Im Süden gewinnen die Kämpfe zwischen ukrainischen Truppen und Maximalkanen an Ausdehnung. Die maximalistische Mannschaft eines kleinen Kreuzers hat ihre Drohung wahr gemacht und beschloß die ukrainischen Stellungen mit Schiffsgechützen.

Bürgerkrieg in Wladiwostok.

Petersburg (Indirekt), 21. Jan. „Dien“ meldet aus Wladiwostok, daß dort maximalistische und gegenrevolutionäre Truppen im Kampfe stehen. Es wurden 600 japanische Matrosen gelandet.

Ministerwechsel in Schweden.

Stockholm, 21. Jan. „Dien“ meldet, daß die in der Peter-Pauls-Festung sitzenden russischen Minister sich in trauriger Lage befinden und schwer erkrankt seien. Fast alle litten an der Dungenwindfucht.

Englische Arbeiterträge.

Nottingham, 21. Jan. Wie aus London berichtet wird, haben sich in mehreren englischen Industriestädten Arbeiterträte gebildet, die die Arbeiter mit Waffen versehen und im Schutze ausbilden. Die bedeutendsten dieser Arbeiterträte befinden sich in Liverpool, Nottingham und Battersea.

Weibliche Disziplinpflicht.

Osag, 21. Jan. Laut „Dallas Telegraph“ befohl die englische Regierung mit dem Plane, die weibliche Disziplinpflicht obligatorisch durchzuführen, da die Bereitwilligkeit der Frauen, die Räder der an die Front gehenden Arbeiter auszufüllen, sehr viel zu wünschen übriglasse. Wahrscheinlich soll dieser Frauenpflicht eine Ergänzung zur neuen Heeresverpflichtung bilden.

Die Hungerangst in England.

Osag, 21. Jan. „Times“ beschäftigt sich mit der Lebensmittellage in England und beklagt den Ausbruch von Unruhen unter der Arbeiterbevölkerung. Das Blatt sagt, die ungleiche Verteilung der Lebensmittel unter der Bevölkerung würde aufreißend, namentlich das Gammeln von Fleisch und Fett habe sehr viel böses Blut erregt und bereits wiederholt Anlässe zu Ausschreitungen gegeben.

Caillaux lehnt die Unterschrift ab.

Genf, 21. Jan. Man weiß, daß Caillaux von Clemenceau verfolgt wird, weil er dunkle Dinge über den jetzigen Ministerpräsidenten weiß. Im Florentiner Schloß bewachte er sogar ein Attentat über die Beziehungen Clemenceaus zu dem Panamaschwindler Cornelius Herz auf. Bei seiner gestrigen Vernehmung wurden Caillaux die in Florenz vorgefundenen Schriftstücke vorgelegt. Das Attentat über Clemenceau schloß. Darum lehnte Caillaux die Unterschrift des Protokolls ab.

Eine französische Militärmission in Rom.

Rom, 21. Jan. An den letzten beiden Sitzungen des Kriegsrates in Rom nahm auch der Oberbefehlshaber der italienischen Truppen General Diaz teil. Ferner weilte in Rom eine französische Militärmission, die bereits mehrere wichtige Unterredungen mit verschiedenen Regierungsvertretern hatte.

Die Carrail-Affäre.

Genf, 21. Jan. Nach Zürcher Blättern dürfte sich unmittelbar an die Caillaux-Affäre die noch größere Aufsehen erregende Carrail-Affäre anschließen. Die fran-

zösische Regierung sei im Besitz von Dokumenten, durch die Carrail auf schwerste belastet werde.

Japan rückt.

Bern, 21. Jan. Der Schweizer Botschafter erzählt aus Tokio, die Militärbehörden stellten ein neues Programm auf, wodurch die Expeditionen auf 25 Armeekorps gebracht werden. Jedes Armeekorps wird zwei Divisionen zu je drei Regimentern umfassen, so daß die japanische Armee zukünftig 60 Divisionen statt wie bisher 25 zählen wird.

Man nimmt, was man kriegt.

V. Nach einer Meldung des „Matin“ aus New York hat die amerikanische Regierung das Bankguthaben des früheren deutschen Botschafters bei den Vereinigten Staaten, des Grafen v. Bernstorff, in Höhe von 900 000 Dollars beschlagnahmt.

Selbstverständlich scheint ein richtiger Panee nach dem Muster des Herrn Wilson nicht davor zurück, seine Hände auch nach dem Privateigentum anderer Leute auszustrecken, wenn es irgendwie mit der Aussicht auf Strafflosigkeit geschehen kann. Man nimmt, was man kriegt im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten. Panee-Moral!

Hilferuf aus Griechenland.

V. Das unabhängige griechische Pressebureau Agence Hellenique richtete einen Appell an sämtliche Friedensdelegationen in Vrest-Litowsk. Agence Hellenique sagt, sie erhebe ihre Stimme für das griechische Volk, das heute nicht in der Lage sei, seine Wünsche zu äußern. Das Volk erhebe nichts bringender als die Räumung des griechischen Gebietes von den Entente-Truppen, die Abschaffung des Gewaltregiments des Benizelos und die vollständige Wiederherstellung der Unabhängigkeit Griechenlands.

Die „Schutzmächte“, die das unschuldige Griechenland in Not und Verderben gestürzt haben, konnten also doch nicht den letzten Lebenshauch aus dem gequälten Volke vertreiben. Es ruft nach dem Befreier von der Räuberhand der Briten und Britengenossen.

Franzosen über ihre Bundesgenossen.

V. Interessante Aufschlüsse darüber, wie man in französischen Heere über die Truppen der Verbündeten denkt, wurden dieser Tage bei Unterhaltungen mit französischen Gefangenen gewonnen. Die Gefangenen sagten, als von England die Rede war:

„Wenn man die Engländer nur möglichst bald loswerden könnte. Und gleich die Amerikaner dazu, mein Gott, was ist das für eine Bande. Offen gesagt, es gibt auf der Welt nur zwei wirkliche Soldaten, die Franzosen und die Deutschen. Wer hat in Italien nach dem Zusammenbruch wieder den ersten Erfolg errungen? Die Franzosen. Die Herren Engländer bleiben natürlich hinten.“

Man kann wirklich nicht behaupten, daß diese Beurteilung übermäßig anerkennend für die Kriegsgenossen ist. Wahrscheinlich kommen die Ansichten der Gefangenen der Meinung der Masse des französischen Volkes bedeutend näher als die Phrasen eines Clemenceau und seiner Nachbeter.

Das Selbstbestimmungsrecht der Flamen.

V. Der Rat von Flandern hat in einer allgemeinen Versammlung feierlich und einstimmig Flanderns volle Selbständigkeit beschlossen. Deshalb legt der Rat von Flandern sein ihm von der flämischen Landesversammlung vom 4. Februar 1917 übertragenes Mandat nieder und wird sich einer Neuwahl unterziehen, die dem flämischen Volke Gelegenheit geben soll, seinen Willen zu dieser Beschlußfassung des Rates kundzutun.

Jetzt darf man neugierig sein, was man in London und Paris zu dieser doch durchaus nicht mißverständlichen Willensäußerung des flämischen Volkes sagen wird. Ob Herr Lloyd George telegraphieren wird, er erkenne das neue Gemeinwesen an und gebe folgerichtig seine Soldaten aus Belgien zurück?

Der preussische Haushaltsplan.

(110. Sitzung.)

AK, Berlin, 21. Januar.

Im preussischen Abgeordnetenhaus kam es heute bei der weiteren Beratung des Haushaltsplanes zu einer den üblichen Umfang übersteigenden und weit ausholenden

Ansprache über politische Fragen.

Der Verlauf der Preßer Verhandlungen und die Tat-

mann, und ich war eigentlich auch nur heute hergekommen, weil ich mit Herrn Parker eine wichtige Unterredung hatte. Morgen indessen hätte ich Sie in Ihrem Bureau aufgesucht.“

„Wie kommen Sie überhaupt nach München? Ich wähnte Sie auf der Reise nach Norwegen?“

„Die dauernden Mißerfolge meiner Reise entmutigten mich. Und da ich allmählich zur Überzeugung kam, daß es durchaus nicht rein geschäftliche Gründe waren, die Sie dazu bewegten, mich fortzuschicken, so wagte ich es, Ihrem Befehl entgegen zurückzukommen.“

„Ich bedaure das sehr. Ich habe es immer gut mit Ihnen gemeint.“

„Daran zweifle ich nicht. Aber die beste Gesinnung reißt oft genug die abstoßenden Folgen, wenn man ...“

„Herr von Fiegel, ich glaube, ich habe es nicht verdient, von Ihnen eine solche Sprache zu hören.“

„Rohmann gab dabei Georg ein Zeichen, daß er sofort verstand. Georg sah sich in das Nebenzimmer zurück.“

„Herr von Fiegel, Ihre allzu freundliche Gesinnung hat mich mein Lebensglück gekostet.“

„Aber wie können Sie das sagen?“

„Als ich von hier fortging, war ich mit Fräulein Franziska Dehn so gut wie verlobt. Als ich Ihre Pläne durchschaute, lehnte ich eilig zurück, und ich fand, daß Fräulein Dehn ihr Herz einem andern geschenkt hat.“

„Nun sehen Sie, lieber Fiegel, daß es gut war, was wir taten. Es war ja nicht unsere Absicht, Ihr Glück zu vernichten! Wir wollten, daß Sie sich prüften. Nun, Sie haben die Prüfung überstanden, aber Fräulein Dehn nicht Sie bleiben treu, das Mädchen nicht.“

„Herr von Rohmann“, erwiderte Theo bewegt, „die Frauen sind nicht stark im Gemüt. Wäre ich hier geblieben, Franziska hätte mich immer uniger liebgewonnen, ich bin dessen gewiß. — Aus den Augen, aus den Sinnes —, das ist wahr. Aber ich wäre Franziska eine moralische Stütze gewesen.“

„Es ist merkwürdig, lieber Freund, daß Sie heute so nachsichtig über Fräulein Dehn urteilen. Vor einigen Jahren haben Sie viel härter an einem jungen Mädchen gehandelt, das Sie ebenfalls liebte und das damals auch nur den Fehler des Leichtsinns hatte.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Schule des Lebens.

Original-Roman von Leonhard Reßner.

37. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Nun Sie spekulieren immer noch auf die reiche Heirat?“

„Herr von Fiegel, Sie sehen in mir einen gemeinen Betrüger, na und ich will mich nicht verteidigen. Wie sollte ich Ihnen denn auch wohl beweisen, daß ich Franziska wirklich liebe. Aber um dieser Liebe willen bin ich ein Dieb geworden. Und wenn ich nun mich von hier fort-schleiche, dann verliere ich nicht nur den Gewinn, sondern auch den Einsatz: meine Ehre und mein Herz! Lachen Sie nur, Herr von Fiegel. Ich bin kein anderer Mensch, als ich es vor einem Jahre war, da ich so ungefähr dasselbe als Mann darstellte, was Fräulein Franziska als Frau ist — ein reicher Erbe. Nehmen Sie heute Fräulein Dehn die Millionen ihres Vaters fort, die Fürsorge ihrer Verwandten, dann wird auch sie vielleicht in Not und Schande untergehen — weil sie nicht die Kraft hat, zu kämpfen. Und deshalb würde ich mir keine Gewissensbisse daraus machen, eine reiche Erbin zu heiraten. Franziska und ich stammen aus dem gleichen Kreis, nur unsere Schicksale sind verschieden. — Aber das ist nicht der einzige Umstand zum Glück, auf den ich rechne. — In den Abendblättern von heute werden Sie eine Nachricht lesen, die Sie zweifellos sehr interessieren wird. Herr Dehn ist als Teilhaber in die Firma Emanuel Rohmann & Söhne eingetreten.“

„Theo fuhr in die Höhe.“

„Was? — Ist das glaublich?“

„Das ist sogar wahr. Sie begreifen, daß es sich bei dieser Geschäftsverbindung um Summen handelt, die für unsere Begriffe ungeheuer sind. Für die Vermittlung derartiger Geschäfte werden entsprechende Prozente gezahlt. Es ist mein Verdienst, daß diese Verbindung zustande kam, und wenn ich auch natürlich nicht die Verhandlungen selbst führen konnte, ich habe Herrn Dehn und Herrn von Rohmann zusammengebracht — und habe damit meinem Chef — es ist ja auch der Ihre — einen sehr, sehr großen Dienst erwiesen. Das Tragische aber daran ist, daß an

dem Tage, da ich durch meine Fürsprache Herrn Dehn für Rohmann gewann, ich denselben Herrn Dehn beistehen mußte, um meine dringenden Schulden zu bezahlen, und meinen wütenden Hunger zu befriedigen. Gestern Abend wurde mein Geschäft verfaßt, und man hat in der allgemeinen Aufregung, in der Geschäftigkeit und im Karnevals-trubel mich vollkommen vergessen. Hoffentlich nicht für immer. Sie können sich denken, daß ich gerade in dem Augenblick, da Franziska und ich einander unsere Liebe erklärten — ich nicht Herrn Dehn um eine Unterstützung bitten konnte. Lieber bestahl ich ihn ... Nun urteilen Sie, in Ihrer Hand liegt mein Schicksal.“

Im Hause seiner Liebe hatte Georg seinen natürlichen Anstand wieder gewonnen. Er hatte eindringlich gesprochen; und Theo fühlte es, daß Georg aufrichtig war, in alledem, was er gesagt hatte. Und leise sagte Theo:

„Nun sind wir drei unglückliche Menschen. Warum haben Sie die Augen zu Franziska erhoben?“

Georg lächelte schmerzhaft:

„Warum? Ich war so allein, so grenzenlos allein und hatte bei Dehns eine so freundliche Aufnahme gefunden! Und so leise swannen sich die Fäden zwischen uns. Als wir gewahrt wurden, daß wir uns liebten, da erschritten wir tief vor uns selbst. Und es war kein Glück zwischen uns, weil wir wußten, daß Sie nun unglücklich wurden!“

Theo wendete sich ab. Er fühlte etwas siedend heißes in den Augen aufsteigen und er küßte es fast:

„Ja, nun sind wir alle drei unglücklich.“ Doch wieder packte es ihn wild: Sollte Franziska wirklich diesem Hochstapler gehorchen? Und dann beschloß er ihn wieder der eine Gedanke: so ganz seiner selbst wert war Franziska nicht — nein, sie war es nicht. Und er sagte:

„So will ich denn nichts gesehen haben von Ihrer Tat! Aber ich will auch nichts mehr von Ihnen, nichts von Dehn und nichts von Rohmanns sehen!“

Er wendete sich dem Ausgang zu, als die zweite Tür des Kabinetts aufging und Rohmann eintrat. Auf Rohmanns Gesicht lag etwas von der Festimmung, die in seinem Salon herrschte, aber diese Stimmung verflieg sofort, als er Theo von Fiegel bemerkte.

„Sie hier, Herr von Fiegel?“

„Geladen war ich allerdings nicht. Herr von Roh-

samt, das auch der diesjährige Haushaltsplan wieder die Punkte enthält, in denen die zum Schutze des Deutschtums in der Ostmark notwendigen Mittel angefordert werden, so dem polnischen Abg. v. Trampczynski Gelegenheit, eine Reihe von Fragen zu beschreiben, die weit über die preussischen Landesangelegenheiten hinausgehen und sich in den Gebieten der hohen Politik bewegen.

Der polnische Redner stellte sich bei der Besprechung der Friedensfrage auf den Boden der Reichstagsentscheidung vom 19. Juli und suchte einen Gegenstand hervorzuheben zwischen dem Inhalt dieser Entscheidung und dem Verhalten der Unterhändler der Mittelmächte in Vrest. Der keinen Nachsicht wolle, müsse auch den Grundlag einer internationalen Schiedsgerichtsbarkeit in den Fragen des Schutzes der polnischen Minderheiten anerkennen. Weiter schildert Abg. Trampczynski die österreichische Lösung der Nationalitätenfrage als vorbildlich und setzte ihr das Verhalten der Mehrheit des Wahlrechtsausschusses entgegen, die aus nationaler Verblendung heraus sogar die vom König ausgelagerte Wahlreform sabotierte.

Preussens unantastbares Selbstbestimmungsrecht.

Für die Regierung antwortete der Minister des Innern Dr. Drews und hielt vorbehaltlos und lückenlos an dem Grundsatz der Selbstständigkeit eines jeden Staates und Volkes für die Regelung seiner inneren Angelegenheiten fest. Schiedsgerichte könnten immer nur zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen den Staaten und den Völkern gelten, während es ehren- und würdevoll sei, wenn ein Staat sich in seine inneren Verhältnisse von einem anderen hineinreden lassen müsse. Dieses Vorgehen lehnte der Minister ein für allemal als unerträglich und völlig inakzeptabel ab. Auch der hier und da geäußerte Gedanke einer Art Autonomie für Westpreußen und Posen fand in dem Minister den gleichen grundsätzlichen Widerstand, da dieser Gedanke mit dem Grundsatz der Einheitlichkeit des preussischen Staatswesens unvereinbar sei. Der Minister schloß mit der Aufforderung an die Preußen polnischer Sprache, jeden Gedanken einer Vortrennung vom Reich endgültig zu begraben und damit die Politik des Einigenseins auch fernerhin zu ermöglichen.

Der konservative Abg. Dr. Doersch ging auf die Votenfrage nur mit wenigen Worten ein. Er beschränkte sich darauf, die Forderung eines internationalen Gerichtshofes für innerpreussische Angelegenheiten als unmöglich zurückzuweisen. Im übrigen schilderte er die Ernährungsverhältnisse unserer Feinde, die viel schlimmer seien als die Ernährungsnot in Deutschland und schloß mit längeren Betrachtungen über die Notwendigkeit, die landwirtschaftliche Erzeugung unter allen Umständen zu fördern.

Der neue Landwirtschaftsminister v. Eickenhardt-Mothe sprach einige kurze Einführungsworte, in denen er jede nur mögliche Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung zusagte. Der Fortschrittler Drenkel erörterte die Wichtigkeit einer ausreichenden Zuteilung von Stickstoffdüngern an die Landwirtschaft. Von dem nationalliberalen Abg. Macco wurde die Forderung einer gerechten und gleichmäßigen Steuerbelastung in Stadt und Land noch einmal unterstrichen und die Regierung nach ihrer Stellung zum Ausbau des preussischen Wasserstraßennetzes gefragt.

Der sozialdemokratische Abg. Gaentzsch spricht für verbesserte Politik gegen Polen und Dänen, klagt über Senkung und Belagerungszustand und wendet sich gegen das System Waldom. Als deutsche Sozialdemokraten, sagt der Redner, wünschen wir einen Frieden, der Deutschland unverletzt, unabhängig und in ungehinderter Entwicklungsfreiheit erhält. Eine elak-lohbringende Frage besteht für uns nicht. Elak-Lothringen ist und bleibt deutsches Land.

Abg. Herold (Centr.) fordert zu vermehrtem Ausbau von Kartoffeln auf.

Nächste Sitzung morgen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Eine Vorlage über die Reform des Gemeindevahlrechts in Preußen wird entsprechend den Erklärungen des Vizepräsidenten des Staatsministeriums Dr. Friedberg und des Ministers des Innern Dr. Drews wahrscheinlich nach dem Kriege dem neuen Landtage zugehen. Wie verlautet, wird sie in erster Linie das geheime Wahlrecht für Stadt- und Landgemeinden bringen. Ferner ist ein abgestuftes Wahlrecht vorgesehen, das gewisse Rücksichten auf den Besitz nimmt. Auch die Geschäftstätigkeit wird besondere Berücksichtigung finden. Das Hausbesitzerprivileg soll nicht beseitigt, aber stark beschränkt werden. Endlich wird auch die Selbstverwaltung auf einzelnen Gebieten eine Erweiterung erfahren.

+ Mit einer Sondervertretung der Bundesstaaten bei den Friedensverhandlungen in Vrest-Vitotost wird von verschiedenen Seiten gerechnet, nachdem Bayern einen Vertreter abgeordnet hat. Die Nordb. Abg. Stg. hat schon klargestellt, daß die Entsendung des Ministers a. D. v. Bodewits nach Vrest auf Grund eines der Reservatrechte geschieht, die Bismarck 1870 den Bayern wegen des Anschlusses an den Norddeutschen Bund und des späteren Eintritts in das neue Deutsche Reich zugestand. Da andere Bundesstaaten über ähnliche Reservatrechte nicht verfügen, entfällt jene Vermutung.

+ Das Gerücht, daß deutsche Kohlen für Italien geliefert werden, ist, wie dasbambill feststellt, nicht den Tatsachen entsprechend. Süddeutsche Blätter hatten behauptet, daß Deutschland nicht nur an die Schweiz, sondern auch an Italien Kohlen liefert, und daß insbesondere die in der Schweiz aus Deutschland eingegangenen Kohlenlieferungen nach Italien umgeladen werden. Daß Deutschland nach Italien keine Kohlen liefert, ist selbstverständlich; dafür, daß nach der Schweiz gelieferte Kohlen nicht nach Italien weitergehen, ist unbedingte Vorsorge getroffen.

Österreich-Ungarn.

+ Aber die Reform des Gemeindevahlrechts in Österreich gab Ministerpräsident Dr. v. Seidler in einer Unterredung mit den Vertrauensleuten der Arbeiterschaft die Erklärung ab, daß eine Reform nur unter Annahme der besonderen nationalen Verhältnisse in den einzelnen Ländern ins Auge gefaßt und durchgeführt werden könne. Dieser Vorbehalt sei dahin aufzufassen, daß sowohl die in Aussicht gestellte Eingliederung der Neuregelung des Gemeindevahlrechts betreffenden Regierungsvorlagen in den einzelnen Landtagen wie auch die grundsätzlich zugesicherte Forderung der aus dem Schoße der autonomen Vertretungen an die Regierung gelangenden Vorschläge nur in der Form erfolgen werde, daß der nationale Besitzstand keine Gefährdung erleide.

Schweden.

+ Die Wirtschaftsverhandlungen der nordischen Reiche werden weitergeführt. Die schwedischen, norwegischen und dänischen Delegierten zur Ausarbeitung eines Vorschlages zum vergrößerten Warenverkehr zwischen den drei Ländern hielten wiederum vom 17. bis 20. Januar in Stockholm gemäß dem Beschlusse der vorigen Konferenz in Christiania Sitzungen ab. Schweden wird nach der getroffenen Vereinbarung hauptsächlich Waren aus Eisen, Stahl und Holz, gewisse Maschinen und Papiermasse

liefern, Norwegen Salpeter, andere chemische Erzeugnisse, Fische, Brennholz, Chemikalien und Metalle, Dänemark Getreide, allerlei Lebensmittel, Häute und Samen. Auf Einladung der dänischen Delegierten werden die Delegierten im Februar in Kopenhagen wieder zusammen-treten.

Großbritannien.

+ Der Ausbau des nationalen Hilfsdienstes beschäftigt das Unterhaus. Die Regierung erklärte, das ursprüngliche Gesetz habe die Eintragung derjenigen nicht vorgesehen, die nach dem 5. August 1915 15 Jahre alt waren. Man wisse, daß heute 750 000 junge Leute zwischen 15 und 17 1/2 Jahren vorhanden seien. Es sei nicht beabsichtigt, junge Leute unter 19 Jahren an die Front zu schicken, aber sie seien unverkennbar für industrielle Zwecke nützlich. Es werde auch vorgeschlagen, die Angehörigen der Flotten- und militärischen Streitkräfte in Listen einzutragen, die, wenn auch zu weiterem Kampfe untauglich, doch für irgendwelche industrielle Beschäftigung fähig seien und eine solche wünschten.

Schweiz.

+ Die Urkunden in Zürich, die deutschfeindlichen Charakter trugen, haben jetzt ihre gerichtliche Sühne gefunden. Das Berner Militärgericht verurteilte die Angeklagten Wisner, Adlin, Leonis Rascher, Bartel, Reuberger und Weibel wegen Meuterei im Komplotz und Gehilfenschaft hierzu zu Gefängnisstrafen von sechs Wochen bis zu zehn Monaten und den Ehrenfolgen. Adlin wurde vom Grade eines Oberleutnants entlieht. Weibel vier Jahre des Landes verwiesen.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 21. Jan. Staatssekretär v. Kühlmann ist aus Vrest-Vitotost hier eingetroffen.

Stuttgart, 21. Jan. Der württembergische Landtag tritt Mitte Februar wieder zusammen.

München, 21. Jan. Das bayerische Königspaar wünscht, daß die Feier seiner goldenen Hochzeit am 20. Februar in einfacher Weise begangen werde.

Wien, 21. Jan. Die gemeldeten Teufelskreise in Wien und anderen Städten Österreichs sind nach kurzer Dauer durch eine Verabredung mit den Arbeitern über deren Forderungen beigelegt worden. Die Arbeit wurde heute morgen in allen Betrieben wieder aufgenommen.

Wien, 21. Jan. Die Gerüchte von einem Rücktritt des Rabinetts Seidler sind unzutreffend.

Budapest, 21. Jan. Der ungarische Ministerpräsident Bekerle ist mit der Umbildung des Rabinetts betraut worden. Auch das neue Kabinett wird sich zur Wahlreform bekennen.

Rotterdam, 21. Jan. Die englische Regierung hat den holländischen Protest wegen der Verletzung des Dampfers „Eve“, das durch englische Kriegsschiffe gezwungen worden war, durch das deutsche Sperrgebiet zu fahren und dort durch ein deutsches U-Boot versenkt wurde, abgewiesen.

Amsterdam, 21. Jan. Die japanische Regierung hat mehrere Kriegsschiffe nach Vladivostok entsandt, um den Ostasienhandel zu verstärken.

Konstantinopel, 21. Jan. Teheraner Blättermeldungen zufolge ist das Kabinett Ala ud Daulah vermutlich infolge englischer Machenschaften in Sadpersien zurückgetreten.

Madrid, 21. Jan. In Alicante traten die Arbeiter plötzlich in den Streik. Es kam zu Straßenkämpfen, in deren Verlauf drei Personen getötet und mehrere verletzt wurden.

Genf, 21. Jan. Der Widerstand gegen Clemenceau in der Kammer wächst derart an, daß die rechtslebenden Organe mit der Möglichkeit der Freilassung Caillaux rechnen.

Petersburg, 21. Jan. Der frühere Minister Burtschewitsch ist zu vier Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. Wenn er sich jedoch am Ende eines Jahres einverstanden erklärt, sich jeder Tätigkeit gegen die Bolschewiki zu enthalten, soll ihm der Rest der Strafe erlassen werden.

Lugano, 21. Jan. Auf Grund eines Erlasses müssen die feindlichen Untertanen in Italien künftighin an den Orten wohnen, die ihnen von der Polizeibehörde angewiesen werden.

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 22. Januar 1918.

+ Die Preuß. Verdienstmedaille für Kriegshilfe erhielt Herr W. Neuendorff aus Herborn, z. Zt. in Milhausen, Vertreter des Straßenwalzenbetriebs vorm. H. Reisenrath.

+ Das Eiserne Kreuz 2. Klasse erhielten der Kanonier Jakob Knauer von hier und der Musikant Ernst Bey von Runderoth.

+ Der nach 17 Luftjahren gefallene Fliegerleutnant Ernst Heß, war lt. „J. F. D.“ der einzige Sohn der jetzt in Wiesbaden wohnenden Witw. des ehemaligen Domänenrentmeisters Heß in Dillenburg.

+ Der Kommunalandtag ist auf den 6. Mai nach Wiesbaden einberufen.

Beydorf. Wie bereits mitgeteilt, ist es der hiesigen Polizei gelungen, einer weitverzweigten Diebesbande auf die Spur zu kommen. Im weiteren Verlaufe der Untersuchungen gelang es nunmehr, abermals vier Mitglieder der Bande ausfindig zu machen und zu verhaften, so daß bis jetzt elf von ihnen hinter Schloß und Riegel saßen. Da noch zahlreiche Hausdurchsuchungen bevorstehen, sind auch noch weitere Verhaftungen zu erwarten. Mit begreiflicher Spannung verfolgt man die eifrigen Bemühungen der Polizei und hofft, daß es ihr gelingen werde, die ganze lichtscheue Bande dingfest zu machen und so unsere Gegend von den geradezu zur Landplage gewordenen Einbrüchen und Diebstählen zu befreien.

Idstein. Nach dem Kriege ist eine Neuordnung in der Kreiseinteilung Nassaus in Aussicht genommen. Neben der Bildung des neuen Kreises Hochheim ist auch eine beträchtliche Vergrößerung des Untertaunuskreises beabsichtigt. Bisher war Dangenbach Kreisstadt vom Untertaunus, infolge seiner Lage im äußersten Zipfel des Kreises aber höchst unglücklich als Kreisstadt belegen. Jetzt hat nun eine Bewegung eingesetzt, die die alte Amtsstadt Idstein wieder als Kreisstadt haben möchte, sogar für die Bildung eines Kreises Idstein eintritt.

Oberursel. Die Stadtverordnetenversammlung nahm eine Schenkung der Motorenfabrik von 100 000 Mark zur Erbauung eines neuen Rathauses an.

Kodheim v. d. H. Auf dem hiesigen Bahnhof wurde kürzlich ein mit Umzugsgut beladener und dann amtlich verschlossener Bahnwagen ausgeraubt. Erst am Bestimmungsort, einem westfälischen Städtchen, entdeckte man den Raub. Nachforschungen ergaben, daß ein hier internierter Pole, der vor der Hochzeit stand, zur Vervollständigung seines künftigen Heims den Wagen ausgeplündert und auch anderen Personen von den Sachen abgeben hatte. Der Pole kam in Haft, statt in die Flitterwochen. Die Sachen gehörten einer Kriegerwitwe, die in ihre westfälische Heimat zurückziehen wollte.

Wiesbaden. Der Regierungspräsident hat für die Dauer des Krieges das Rauchen auf den Plattformen der Straßenbahnwagen im ganzen Regierungsbezirk verboten. Er begründet das Verbot mit dem gegenwärtigen starken Andrang auf der Plattform. Für Zuwiderhandelnde werden Geldstrafen bis zu 60 Mark, im Unvermögensfalle entsprechende Haftstrafen angedroht.

Der Magistrat hat beschlossen, allen Haushaltungen, Hotels, Pensionen und Anstalten, die mit Kartoffeln über Mitte Mai hinaus versorgt sind, diese Mehrmengen wieder abzunehmen, um daraus die nicht versorgte Bevölkerung mit Kartoffeln laufend versorgen zu können, da seit dem 1. Dezember vorigen Jahres bis heute Kartoffeln an die Stadt nicht mehr geliefert wurden.

Merkenfrig. Vor einigen Tagen wurde der Gastwirt Kamp durch ein über ihn hinweg gerolltes Bierfaß tödlich verletzt. Jetzt erschlug eine umstürzende Fichte seinen Arbeiter, einen russischen Kriegsgefangenen.

Lüßeldorf. Der Direktor und weitere drei Beamte der hiesigen Filiale der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine wurden wegen Unterschlagungen in Höhe von einer Million Mark verhaftet.

Aischaffenburg. Die städtischen Körperschaften bewilligten für die Vorarbeiten zum Rhein-Main-Donau-Großschiffahrtswege 15 000 Mark. Industrielle Kreise zeichneten für den gleichen Zweck ebenfalls 15 000 Mark.

Breslau. In dem schlesischen Landstädtchen Sorgau ist das dortige Lehrer-Ehepaar Leopold wegen zahlreicher Einbrüche verhaftet und in das Gerichtsgefängnis in Freiburg eingeliefert worden. Inzwischen ist festgestellt worden, daß der Lehrer Leopold und seine Ehefrau seit langer Zeit ganz gewerbsmäßig auf Einbruch und Raub ausgegangen sind. In großem Umfange betätigte Leopold sich als Kaninchenhändler. Seine Schüler ließ er in der Zeichenstunde die elterlichen Kaninchenställe aufzeichnen; aus den Zeichnungen informierte er sich dann über die Möglichkeit eines Einbruchs und darüber, ob sich der Einbruch lohnen werde.

Stuttgart. Eine von der Vaterlandspartei im Stadtgarten veranstaltete Versammlung wurde durch radikale Kreise gestört, so daß sich der Vorsitzende veranlaßt sah, die Versammlung aufzuheben. Als die Anwesenden der Aufforderung nicht entsprachen, wurde durch die Polizeidirektion die Räumung des Saales verfügt.

O Der Leipziger Ehrentepich. Aus Leipzig wird berichtet: Der im August 1916 begonnene Ehrentepich ist nunmehr vollendet. Über 5000 Leipziger Frauen und Mädchen haben an diesem Tepich mitgestiftet. Der künstlerisch hervorragende Entwurf, dessen Ausführung prächtig gelungen ist, stammt von dem Leipziger Akademieprofessor Fritz Reutisch. Der Betrag, den die Frauen und Mädchen als Abgabe für ihre Mitwirkung erlegt haben, beträgt 40 000 Mark; er wird der Leipziger Kriegsnachhilfe zufließen.

O Verhaftungen in Lebensmittelmarken-Druckereien. Lebensmittelmarken-Diebstähle in Ratibor haben zu einer Reihe aufsehenerregender Verhaftungen geführt. Da in zwei Druckereien, die mit der Herstellung der Marken beauftragt waren, Brot- und Buttermarken verschwunden sind, wurden ein Faktor, ein Obermaschinenmeister, zwei Maschinenmeister, ein Buchbinder, ein Kontordienst, eine Stenotypistin und ein Magistratsbote verhaftet.

O Der Eisenbahnunfall bei Rirn. Die Aufräumarbeiten an der Eisenbahnstrecke bei Rirn haben ergeben, daß die Zahl der Opfer glücklicherweise nicht so groß ist, wie ursprünglich befürchtet wurde. Es sind 23 Leichen geborgen, darunter 11 Soldaten. Vermißt werden bis jetzt noch zwei Personen. Ferner sind 19 schwer und zehn leicht Verletzte in dem Lazarett in Kreuznach in Behandlung.

Die französische Luftpost. Die französische Postverwaltung soll, wie es heißt, die Absicht haben, Paris in absehbarer Zeit durch ein ganzes Netz von Luftverkehrslinien mit den wichtigsten Hafen- und Handelsplätzen des Landes zu verbinden. Der Briefverkehr würde dadurch bedeutend beschleunigt werden, da man annimmt, daß die Flugzeuge 140 bis 150 Kilometer in der Stunde zurücklegen werden, so daß ein um 10 Uhr vormittags von Paris abgehender Brief schon gegen 1 Uhr in Dijon, gegen 2 1/2 Uhr in Lyon und gegen 5 1/2 Uhr nachmittags in Marseille abgehender Brief schon gegen 10 Uhr nachmittags in Marseille ankommt, gegen 8 Uhr nachmittags in Dijon verteilt werden und in Lyon und Marseille gar erst am nächsten Morgen.

Letzte Nachrichten.

Der neue deutsche Generalstabsbericht.

Großes Hauptquartier, (Wolff-Büro, Antik.)

22. Januar 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Südlich von Ypern war die Kampf-Tätigkeit der Artillerien am Tage und zu einzelnen Nachtstunden

lebhaft. Mit kleinen Abteilungen versuchten die Engländer vergeblich an mehreren Stellen in Flandern in unsere Kampfzone einzudringen. Auf der übrigen Front ist die Gefechtsstätigkeit mäßig.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Heeresgruppe Herzog Albrecht.

In den Argonnen, nördlich von Le Four de Paris stießen französische Kompagnien nach tagsüber anhaltender Artillerie-Wirkung am Abend gegen unsere Stellungen vor; sie wurden durch Feuer und Nahkampf abgewiesen. Auf dem östlichen Maasufer und in der Gegend von Hlirch lebte das Artillerie-Feuer zeitweise auf.

Deutscher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

An der mazedonischen und italienischen Front ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Sodenborff.

Zur bevorstehenden Kanzlerrede.

Berlin, 22. Jan. (M) Wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ nunmehr bestätigt wird, wird der Reichskanzler Dr. Graf von Hertling am Donnerstag im Hauptanschuß des Reichstages das Wort nehmen.

Trochis Bruch mit der ukrainischen Delegation.

Stockholm, 22. Jan. (M) Zwischen der russischen und der ukrainischen Friedensdelegation ist es zum offenen Bruch gekommen. Die Petersburger Telegraphen-Agentur gibt bekannt: In Anbetracht, daß die ukrainische Delegation ohne Wissen der Petersburger Regierung diplomatische Verhandlungen einleitete, sandte Trochis ein Schreiben an die ukrainische Delegation, in dem es heißt: Während der Verhandlungen erklärte die Kommission, daß in der Frage der Okkupationsgebiete die Ukraine auf Verhandlungen einging, soweit die Grenzen in Betracht kämen, die ihrem Einfluß unterliegen. Wir stellen noch einmal fest, daß die ukrainische Delegation trotz des sehr bestimmten Textes unseres Uebereinkommens und trotz der gegenwärtigen Sachlage, die verlangt, daß wir solidarisch gegen den gemeinsamen Feind auftreten, sich gegen die Revolutionsmoral verhalten hat, die geheime Uebereinkommen mit Imperialisten nicht dulden kann. Mit Rücksicht auf die Masse der Arbeiter und Bauern in Rußland und in der Ukraine, deren Lebensinteressen auf dem Spiele stehen, beschließen wir, jede Verantwortung für ihre Verhandlungen abzulehnen. Wir wissen genau, daß das Exekutivzentralkomitee augenblicklich ein größeres Recht hat, für die Ukraine zu sprechen als die Kiener Rada. Daß wir zuvor gegen eure Teilnahme am Verhandlungstisch nicht protestierten, geschah, weil wir hofften, daß ihr Auge in Auge mit dem gemeinsamen Feinde wissen würdet, euer Auftreten auf die demokratischen Elementarprinzipien zu gründen und daß euer Auftreten zu keinem Konflikt zwischen euch und dem Charlotter Exekutivzentralkomitee sowie uns führen würde. Da sich eure Politik auf geheime Uebereinkommen und Verrat der demokratischen Interessen gründet, finden wir es notwendig, darauf hinzuweisen, daß euer wirklicher Einfluß euch in keiner Weise das Recht gibt, im Namen der unabhängigen Republik zu sprechen.

Briand vor der Verhaftung.

Rotterdam, 22. Jan. (M) Clemenceau hatte am vergangenen Montag eine wichtige Besprechung mit Poincaré, wobei Clemenceau die neu entdeckten Beschuldigungen gegen Briand vorlegte und Poincaré Entschiedenheit zur Verhaftung Briands forderte. Der Präsident ersuchte Clemenceau, zunächst den ersten Termin Caillaux' abzuwarten. Doch sind Maßnahmen getroffen worden, Briand nicht außer Landes zu lassen. Wegen Briand sollen ähnliche Anklagen vorliegen wie gegen Caillaux. Man will in Italien Beweise gefunden haben, wonach sich Briand mit den italienischen Sozialisten beraten hat, wie durch den Sturz der italienischen Regierung eine sozialistische Landesregierung geschaffen werden könne. Die Folgen dieses politischen Staatsstreiches sollten auch in Frankreich zu einem ähnlichen Ereignis führen.

Zum Caillaux-Prozess.

Genf, 22. Jan. (M) Die Caillaux-Angelegenheit hat der Pariser Presse neue Überraschungen gebracht. Es heißt, daß der Florentiner Kassenschrank ein außerordentlich wichtiges Dokument über eine Verfassungsänderung von Frankreich enthalten hat. Danach sollten der Kammer nicht mehr ohne weiteres alle Geschäfte überlassen werden. Caillaux wollte vielmehr einen Staatsrat aus Parlamentariern, Regierungsbeamten und Persönlichkeiten der Hochfinanz, der Industrie und des Handels das Recht zuerkennen, Gesetze auszuarbeiten und diese nachträglich dem Parlament zur Ratifizierung vorzulegen. Die wichtigste geplante Neuerung ist die, daß der Präsident von Frankreich nur noch auf 4 Jahre gewählt werden soll, während der Ministerpräsident auf 7 Jahren zu wählen sei und nur durch ein ausdrückliches Mißtrauensvotum des als Nationalversammlung tagenden Parlamentes gestürzt werden könne. Dieses Programm einer Verfassungsänderung bietet aber keine Handhabe zur strafrechtlichen Verfolgung Caillaux'. Die Regierung stützt ihre Anklage vorläufig nur noch auf die amerikanischen Dokumente.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Beck.

Anzeigen.

Saatfrucht betr.

Um eine rechtzeitige Beforgung von Sommerfrucht zu ermöglichen, werden die Landwirte nochmals ersucht, ihre Ansprache auf **Gerste, Hafer u. s. w.**, soweit Fruchtbefüllung infrage kommt, bis spätestens **30. Januar** auf Zimmer Nr. 6 des Rathhauses anzumelden. Für jede Fruchtart wird von uns eine gesonderte Saatkarte ausgestellt werden, die dem Königl. Landratsamte einzureichen und von da zur Stempelung dem Herrn Regierungspräsidenten zu Wiesbaden vorzulegen ist.

Saatarten für kleinere Mengen **Erbsen, Bohnen, sonstige Samereien für Gartenbestellung** müssen direkt beim Königl. Landratsamte beantragt werden.

Kartoffelabgabe betr.

Allen Kartoffelerzeugern ist dieser Tage eine Aufforderung zur Abgabe von $\frac{1}{4}$ der ihnen zugebilligten Kartoffel-Schwundreserve zugegangen. Die darin aufgeführte Menge muß bestimmt zu Ablieferung gebracht werden. Um jedoch eine Klarheit über die der Heeresverwaltung zur Verfügung zu stellende Kartoffelmengen herbeizuführen, werden die Beteiligten hiermit dringend ersucht, eine bestimmte, dahin gehende Erklärung bis Donnerstag, den 24. ds. Mts. auf Zimmer Nr. 6 des Rathhauses abzugeben. Landwirte, die diese Erklärung nicht abgeben und das beanspruchte Quantum nicht freiwillig zur Ablieferung bringen haben mit der zwangsweisen Abholung zu rechnen.

Herborn, den 22. Januar 1918.

Der Wirtschaftsausschuß.

Dank.

Durch Herrn Defon Prof. Hansen wurden mir von A. A. Herborn für das

Altersheim

Markt 40 übergeben, worüber hiermit mit innigstem Dank quittiert wird.

Herborn, den 19. Januar 1918.

Rückert, Rassenfährer.

Versteigerung.

Die Erben des verstorbenen **Johann Jakob Ernst von Beilstein** lassen ihre **Gebäude, Wohnhaus, Scheuer, Stallungen mit Gärten** am 9. Febr., abends 9 Uhr auf dem Gemeindegelände zu Beilstein freiwillig versteigern.

Suche zum baldigen Eintritt ein braves, feines,

Mädchen

für alle Hausarbeit.
Frau Direktor Sämann,
Weichenburg a. A.,
Bahnhofstr. 18.

Gesucht nach Bad Ems zu baldigem Eintritt ein älteres

Mädchen

für Küche und Hausarbeit und ein

Zweitmädchen.

Angebote mit Zeugnisabschriften und Bild an
Frau San.-Rat Müller,
Bad Ems,
Haus Schönbrenn.

Suche pr. 1. Februar

2 bis 3 Zimmer

nebst Küche evtl. möbliert

Frau Dr. Scriba,
Kaiserstr. 18.

Fleisch-Kücher- und

Anbewahrungschränke

sind jedem Haushalt zu empfehlen.

Lieferbar in div. Größen
Carl Bald, Weidenau a. Siea.

Coupe od. Halbverdeck

auch älteres zu kaufen gesucht.

Angebote mit Preisangabe an
Pfarrer Strücker,
Sieda.

Junger, leistungsfähiger

Bulle

zu verkaufen.
Wilhelm Ernst,
Beilstein.

Huh mit Halb

(Zimmertaler)

zu verkaufen
Carl Mez, Sinn.

Diejenige Person, die am Montag morgen die Stämme auf der Wühlbach aufgehoben und mitgenommen hat, wird gebeten, da sie gesehen und erkannt ist, dieselben sofort Wühlbach Nr. 7 abzugeben, andernfalls Anzeige erfolgt.

Lehrerverein Herborn.

Versammlung,

Samstag, den 26. Januar, nachmittags 4 Uhr im „Raffener Hof“.

Tagesordnung:

1. Jahres- und Kassenbericht.
2. Vorstandsbericht.
3. Erhebung der Beiträge zum „Vg. Lehrerverein“, „Wilhelm Auguste Stiftung“, „Brandkasse“. Die Postanweisung für das M. 2. Schuljahr ist mitzubringen.
4. Sonstige Vereinsangelegenheiten.

Der Vorstand

Futterschneidmaschinen (Scheibenrad)

32 cm Schnittbreite

Patent-Rübenmühlen (Brocklor)

in Kürze lieferbar.

Herborner Pumpenfabrik.

Hilfsdienstmeldestelle Herborn

Städtischer Arbeitsnachweis

Kaiserstraße 28

ermittelt männliche und weibliche Arbeitskräfte aller Art.

Dienstkunden: 8—12 Uhr vorm
3—7 Uhr nachm

Wegen Krankheit des seitberigen suche ich für meinen Haushalt möglichst bald ein fleißiges, zuverlässiges

Mädchen.

Frau S. Pfeiffer, Marburg,
Bartstraße 2.

Suche zum 1. Februar ein tüchtiges, ehrliches

Mädchen

für Küche und Hausarbeit.
Frau Seiner, Weier,
Gohlhof 1, Bahnhofs,
Ketschen, Sieg.

Ein Mädchen für Küche und Hausarbeit und ein junger

Hausbursche

gefragt
Gießen. Hotel Genj.

Boran-Krem

gegen pralle rauhe Haut und Frostbildung
empfiehlt Drogerie A. Doindl.

Aufruf!

Kaiser-Geburtsstags-Spende für Deutsche Soldatenheime an der Front.

Wir halten durch bis zum Ende! Diese eiserne Pflicht beherrscht unsere Männer an der Front. Im vierten Kriegswinter stehen sie draußen als die lebendige Mauer, die uns schützt. Auch die Heimat hält durch. Sie hält durch mit ihrer Liebe und mit ihren Opfern.

Die Front und die Heimat begegnen sich in den deutschen Soldatenheimen und in den deutschen Marineheimen. Sei es nun in der grauen Erde Flanderns oder auf der Vogesenwacht, sei es in den Sümpfen Polens oder auf den Bergen Mazedoniens, sei es an der nordischen Wasserfront oder im heißen Wüstenland Mesopotamiens, allüberall, wo deutsche Männer stehen, steht sich die Heimat durch die Soldatenheime und die Marineheime fest.

Die Heimat hat mit ihren Gaben geholfen, viele Truppenteile mit Soldatenheimen und Marineheimen zu versehen. Die Heimat hat zahlreiche Schwestern ausgestattet, welche diesen schönen Dienst versehen. Unsere Opferwilligkeit darf nicht erlahmen. Wir wollen durchhalten, unseren Feldgrauen und Marineblauen den Beweis zu erbringen, daß wir ihnen helfen, die Mühsal des Winterkrieges zu ertragen. Helft uns, allen Truppenkörpern, die noch keine Heime haben, Soldatenheime und Marineheime zu bauen.

Der Ehren-Ausschuß:

Herrn von Hindenburg
geb. von Spilling

Ehren- stehende.

Frau von Pulaw
geb. von Knoch

Margarete Hübner

Emil von Hattenberg
geb. von Hattenberg

Margarete Hübner

Emil von Hattenberg